

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 73. Ratssitzung vom 13. November 2019

1887. 2019/194

Dringliches Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Simone Brander (SP) vom 15.05.2019:

Bericht über Aggressionen mit LGBTI-feindlichem Charakter sowie Aufnahme der Thematik in die Grundausbildung der Justiz- und Polizeibehörden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Patrick Hadi Huber (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1235/2019): Die jüngsten Hate Crimes in Zürich gegenüber Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität führten zu einer grossen Berichterstattung in den Medien. Der «Tages-Anzeiger» bezeichnete Zürich Mitte September gar als Hauptstadt der Homophobie. Dieser Titel ist übertrieben und deshalb ist es wichtig, dass wir über das Thema sprechen. Der Vorstoss wurde im Rahmen des International Day Against Homo-, Bi- und Trans*phobia (IDAHOBIT) am 15. Mai 2019 eingereicht. Zwei Tage später sorgte eine Attacke gegen den IDAHOBIT-Stand beim Lochergut für Furore. Auch rund um das Zurich Pride Festival kam es zu Vorfällen. Das sind Fälle, die den Weg in die Medien gefunden haben und nur die Spitze des Eisbergs abbilden. Weil man das Thema bereits seit längerem angehen will, gehört der Vorstoss zu einem Vorstosspaket, das gleichzeitig und themengleich auch in dreizehn anderen Kantonen eingereicht wurde. Mittlerweile kamen noch vier weitere Kantone dazu und das Thema steht dank eines jüngst knapp überwiesenen Postulats von Nationalrätin Rosmarie Quadranti auch auf der Traktandenliste des Parlaments. Die Vorstösse sind in diesem Sinne themengleich, als dass es jeweils um die Erfassung von Verbrechen geht, wie auch um die Sensibilisierung der Justiz- und Polizeibehörde im Umgang mit dieser vulnerablen Personengruppe. Im ersten Teil wird der Stadtrat aufgefordert, einen Weg zu finden, wie Aggressionen mit LGBTI-Charakter auf dem ganzen Stadtgebiet erfasst und zu Analyse Zwecken in einem Bericht zusammengefasst werden können. Die Stadt kann aufgrund der Fallzahlen auch als grösste Gemeinde mit offensichtlich mehreren Fällen im Jahr am ehesten einen Weg finden, wie mit der Erfassung in dieser Thematik umgegangen werden kann. Der Schutz von persönlich sensiblen Daten spielt hier sicher eine grosse Rolle. Es ist empfehlenswert, von Anfang an den Kontakt mit dem Bundesamt für Statistik zu suchen, um eine möglichst schlanke Form der Erfassung zu finden. Das Beste wäre, wenn am Schluss des geforderten Berichts bereits eine Lösung, wie im ganzen Land mit der Erfassungsthematik umgegangen werden soll, aufgezeigt werden könnte. Auf einem Polizeirapport muss das Tatmotiv sowieso erhoben werden. Es wäre hier zu ergänzen, ob es sich um homo-, trans- oder interphobe Gründe handelt. Nicht nur in Zürich gibt es eine Zunahme an Straftaten, die sich gegen eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen richten. Nur mit einer entsprechenden Faktenbasis können später klare Massnahmen ergriffen werden. Andernfalls bleibt ein diffuses Gefühl, das von*

Aussagen wie «Zürich als die homophobste Stadt der Schweiz» bis hin zu «es ist nichts passiert» reicht – das sind aber subjektive Wahrnehmung von einzelnen Fällen. Im Rahmen des zweiten Teils des Vorstosses soll sich der Stadtrat beim Regierungsrat dafür einsetzen, dass auch die kantonalen Behörden basierend auf diesen Erfahrungen eine entsprechende Statistik auf Kantonsgebiet erheben. Generell soll der Umgang mit Aggressionen mit LGBTI-feindlichem Charakter Teil der Grundausbildung für die Justiz- und Polizeibehörde werden. Die Türen stehen auf Kantonsebene offen, weil der Regierungsrat am 21. August 2019 entschied, das entsprechende Postulat der Kantonsrätinnen Leandra Columberg, Laura Huonker und Hannah Pfalzgraf entgegen zu nehmen. In diesem Zusammenhang kann die Stadt ihre mittlerweile jahrelange Erfahrung in diesen Schulungen einbringen. Die Stadt fing beispielsweise bereits im Vorfeld der Europride 2009 mit der internen Sensibilisierung an und nahm das Thema Homosexualität, beziehungsweise Gewalt gegen Schwule, Lesben oder Transpersonen als obligatorischer Bestandteil der Weiterbildung von allen Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten auf. Vor allem die Zusammenarbeit mit «PinkCop» nahm dabei eine wichtige Funktion ein. Diese Erfahrungswerte können auf der höheren Ebene bei Kanton und Bund als wertvolle Erkenntnisse eingebracht werden. In den Kantonen, die den Vorstoss bereits behandelt haben, wird das Thema unterschiedlich aufgenommen; die einen sind skeptisch, andere erwarten ein Vorauspreschen des Bundes und wieder andere sind der Meinung, das Polizeikonkordat sei im Lead. Die Lösung bleibt dabei auf der Strecke. Wir können hier konkret werden. Mit diesem Vorstoss werden wir nicht unmittelbar etwas gegen die Zunahme von Gewalt unternehmen können – aber wir helfen mit, für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren und eine Faktenbasis zu schaffen, die es uns ermöglicht, gezielt Massnahmen zu ergreifen.

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Bis auf den letzten Satz könnte ich alles unterschreiben, was Patrick Hadi Huber (SP) sagt. Jeder Übergriff – egal ob LGBTI-feindlich oder von einem Fussballfan – ist einer zu viel. In der Fraktionserklärung der SVP, FDP und EVP wurde heute dazu aufgerufen, für die freie Meinungsäusserung einzustehen. Hier geht es um das gleiche Thema; jeder soll so sein können wie er ist und jeder soll seine Meinung vertreten können. Es ist für mich eine fadenscheinige Argumentation der linken Ratsseite, wenn Sie das beim einen Mal eine gute Sache finden und beim anderen Mal hingegen nicht. Es ist speziell, wenn man Übergriffe wie der im Karl der Grosse toleriert, indem man eine harmlos formulierte Fraktionserklärung nicht mitträgt. In diesem Postulat geht es nicht um den eigentlichen Gewaltakt, als vielmehr um die Statistik und einen Bericht. Damit zeigt man, was Sache ist, ändert aber an der Situation nichts. Wir sind natürlich der Meinung, dass jeder Angriff verurteilt und entsprechend ein Strafverfahren eröffnet werden sollte. Wenn jemand aufgrund seiner Äusserungen oder sexuellen Orientierung zusammengeschlagen wird, muss sich der Rechtsstaat durchsetzen und die entsprechenden Gesetze umsetzen. Mein Vorredner hat es selbst gesagt; nicht wir, sondern das Bundesamt für Statistik ist aber für das Erfassen der Zahlen zuständig. Der Nationalrat und der Kantonsrat sind die richtigen Parlamente, um dieses Anliegen einzubringen. Auch ich bin der Meinung, dass jeder Angriff einer zu viel ist. Der Gemeinderat ist aber schlicht der falsche Ort und wir bitten Sie, Ihr Anliegen im richtigen Parlament einzubringen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Cis-heteronormative Gewalt ist omnipräsent – man trifft sie in der Familie, der Partnerschaft, im Freundeskreis, in der Schule oder in der Öffentlichkeit. Sie betrifft alle Menschen jeglichen Alters aus dem LGBTIQ-Spektrum. Das Risiko, in eine Situation zu kommen, in der man angegriffen oder zusammengeschlagen wird, steigt, wenn man eine andere Hautfarbe hat, unter prekären Verhältnissen arbeiten muss, schlechte Deutschkenntnisse hat und insbesondere bei Transmenschen, wenn man mangelndes Cis Passing hat. Cis Passing bedeutet, dass man gewollt oder ungewollt von anderen als Transperson erkannt wird. Das Misgendering ist bei dieser Gruppe deshalb gefährlich. Die Folgen der Gewalt von Hate Crimes sind schlimmer als die Gewaltfolgen von beispielsweise einem Tsunami. Menschengemachte Traumatisierungen hinterlassen stärkere Folgen als Naturkatastrophen. Das hängt damit zusammen, dass die Opfer einen Teil der Schuld auf sich nehmen. In Bezug auf Depressionen liegt der Anteil an Menschen mit Depressionen bei der cis-heterosexuellen Bevölkerung bei 17 Prozent, während er bei der Transbevölkerung bei 64 Prozent liegt. Bei Suizidversuchen liegt der Anteil bei der cis-heterosexuellen Bevölkerung bei 5 Prozent und bei der Transbevölkerung bei 52 Prozent. Bei Angststörungen sind es 18 Prozent versus 68 Prozent und bei posttraumatischer Belastungsstörung 7 Prozent versus 61 Prozent. Auch wenn die Zahlen je nach Untersuchung variieren, werden Sie nirgends Zahlen finden, in denen die Zahlen der LGBTIQ-Bevölkerung besser als die der cis- oder hetero-Bevölkerung sind. Im Postulat werden nicht die Folgen der Aggressionen adressiert, aber sehr wohl die Prävention. Wir brauchen Zahlen, damit kein Gendermainstreaming passiert. Ich schreibe seit Jahren Anträge, um Gendermainstreaming zu erforschen. Niemand will mir aber Geld geben und zwar aus dem immer gleichen Grund; es fehlt in der Schweiz an konkreten Zahlen. Es darf nicht sein, dass wir in solch einem wichtigen Bereich von privaten Organisationen abhängig sind. Es ist ein kleiner Schritt für die Polizei, aber es ist ein grosser und wichtiger Schritt für die LGBT-Community. Es braucht eine konsequente Erfassung der homo-, bi- und transnegativ motivierten Taten. Diese Daten können selbstverständlich mit dem Bundesamt für Statistik in Bezug auf die Auswertung abgesprochen werden. Ich versuche seit Wochen von Stadtrat Filippo Leutenegger die Daten der LGBTIQ-Jugendlichen in Schulen zu bekommen und erhalte sie nicht, weil er sie nicht richtig statistisch auswerten kann. Parallel brauchen wir eine kontinuierliche Schulung des Personals, so wie PinkCop das bereits tut. Einzelne Aktionen reichen aber nicht aus. Wir beschlossen im September 2018 einen Aktionsplan für die LGBTIQ-Community im Gemeinderat. Bei der mediterranen Woche reagierte der Stadtrat extrem schnell – und wir warten seit einem Jahr auf eine Nachricht des Stadtrats.*

Marcel Müller (FDP): *Ich danke Patrick Hadi Huber (SP) und Simone Brander (SP) für den Vorstoss. Auch wenn ich noch keinen körperlichen Übergriff erlebt habe, musste auch ich schon einige verbale Attacks in Zürich auf mich nehmen. Was habe ich für Möglichkeiten, wenn eine Gruppe auf mich loskommt? Die Strafnorm für Diskriminierung von sexueller Orientierung wurde bisher noch nicht ergänzt. Wenn ich die Polizei anrufe, lachen die mich aus. Die Angreifer wären sowieso bereits verschwunden, bis die Polizei eintrifft. Man kann nichts anderes tun, als den Kopf einzuziehen und davonzurennen.*

Deshalb bin ich für die Ausweitung der Strafnorm. Eine Vertreterin von Ihnen sagte eben, dass man keine Schwulenwitze mehr erzählen könne und dass das eine Katastrophe sei. Ich verstehe nicht, was so lustig an der LGBT-Community ist – auch wenn mir bewusst ist, dass auch über andere Menschen Witze gemacht werden. Ich bin sicher, dass man mit den statistischen Daten und dem Wissen, was täglich in der Stadt passiert, an einem Punkt ansetzen kann. Ich bin es leid, in dieser Stadt herzumzulaufen und mir verbal wirklich alles anhören zu müssen und mich nicht einmal ein wenig wehren zu können.

Sven Sobernheim (GLP): *Es ist wichtig, dass noch jemand spricht, der nicht zum Betroffenenkreis gehört und sich nicht diesen aggressiven Auswüchsen aussetzen muss. Das Argument, der Gemeinderat sei die falsche Stufe, ist eine fadenscheinige Begründung. Die Stadtebene ist die richtige Stufe für das Postulat. Wir haben Polizisten und Polizistinnen, die im Auftrag der Stadt arbeiten und wir betreiben auch gemeinsam mit dem Kanton eine Polizeischule. Deshalb ist es richtig, dass der Stadtrat in der gemeinsamen Organisation auf den Regierungsrat zugeht und gemeinsam mit dem Regierungsrat die Daten des ganzen Kantons erfasst werden können und in der gemeinsamen Ausbildung Personen sensibilisiert und angeregt werden können, ein Auge auf dieses Thema zu haben.*

Stefan Urech (SVP): *Patrick Hadi Huber (SP) sagte, – nachdem er viele gute Gründe für eine Unterstützung des Postulats darlegte – er wolle eine Faktenbasis schaffen. Im Postulat steht, es solle eine Grundlage entstehen, die man zu Analyse Zwecken nutzen kann. Ich finde es heuchlerisch, dass Sie dabei die Nationalitäten der Täter, die solche Verbrechen begehen, nicht wissen wollen. Die Nationalität interessiert Sie nicht und liegt ausserhalb Ihrer Analysen. Wenn Sie eine Faktenbasis schaffen wollen, empfehle ich Ihnen, auf lgtb.org die Weltkarte anzusehen. Sie zeigt, in welchen Ländern Schwule für Jahre ins Gefängnis kommen, wenn sie erwischt werden. Wenn man Sachen anspricht, wie die Folgen der vielen zu uns kommenden Menschen aus diesen Kulturkreisen, blocken Sie sofort ab und wollen nicht darüber sprechen. Das Postulat ist heuchlerisch, weil Sie die wirkliche Faktenlage nämlich gar nicht wissen wollen. Sie wollen einfach ein bisschen einen Web-Service zum Thema machen. Wenn man im Kreis 4 oder 5 eine SVP-Standaktion durchführt, erlebt man ausserdem am Band verbale Attacken. Wo sind da die Statistiken? Das Postulat klingt zwar gut, schafft aber keine wirkliche Faktenbasis.*

Andreas Egli (FDP): *Ich war ehrlich gesagt schockiert, als ich hörte, dass man in Zürich körperlich angegriffen wird, wenn man sich als homosexuelle Person in der Öffentlichkeit zeigt, Körperlichkeiten austauscht oder aus Sicht gewisser Leute negativ auffällt. Ich finde es einen Skandal, dass es das in Zürich gibt und ich finde es auch nicht richtig, dass wir darüber nicht Bescheid wissen und die Übergriffe nicht messen. Ich finde es aber auch nicht richtig, dass eine Woche nachdem bei einer Veranstaltung die Meinungsäusserungsfreiheit massiv gestört wurde, die linke Ratsseite nicht bereit ist, für die Meinungsäusserungsfreiheit einzutreten und ein entsprechendes Statement abzugeben. Die SVP macht diesen Vorwurf nun der linken Ratsseite, hält sich selbst gleichzeitig aber raus und verweigert ebenso ein klares Zeichen. Die Argumentation von Stefan*

Urech (SVP) ist nicht richtig, weil in der Polizeistatistik die Nationalität aufgenommen wird. Die Nationalität wird in der Statistik aufgenommen, aber nicht öffentlich kommuniziert – was auch ich nicht richtig finde. Es geht nicht darum, ob man dank der Messung ein Resultat erhält, das einen glücklich macht. Es geht darum, dass man weiss, was Sache ist, entsprechend reagieren und Vorkehrungen treffen kann. Ich hätte die SVP inständig gebeten, dass sie beim Thema Homosexualität nicht gleich aus Reflex auf den Ablehnungsknopf drückt. Nur wenn wir korrekt messen und die Gründe finden, können wir das Problem auch lösen.

Simone Brander (SP): *Ich schätze, dass Roger Bartholdi (SVP) der Meinung ist, dass jeder Angriff verurteilt werden soll. Nur leider ist das heute eben nicht der Fall. Auf freiwilliger Basis werden schweizweit zwei Hassdelikte pro Woche gemeldet. Es ist schockierend, wie gross das Ausmass an körperlicher Gewalt unter diesen Fällen ist. Leider kommt zu der Zahl der freiwillig gemeldeten Fälle eine riesige Dunkelziffer dazu. Deshalb kann man heute überhaupt nicht davon ausgehen, dass jeder Angriff aufgrund von LGBTI-feindlichem Charakter auch verurteilt wird. Daher ist es extrem wichtig, dass man die entsprechenden Daten erhebt und man Statistiken führt. Nur wenn man weiss, wie gross das Problem ist und wo man ansetzen muss, kann man zielgerichtete Massnahmen umsetzen. Ich finde es despektierlich, wenn Stefan Urech (SVP) behauptet, wir wollen einen Web-Service machen. Ich wurde selbst auch schon mit dem Messer bedroht, als ich mit einer Frau unterwegs war und ich finde es ziemlich daneben, wenn man Fälle, die auch ans Leben gehen können, als Web-Service abbucht.*

Marcel Bührig (Grüne): *Die Argumentation von Stefan Urech (SVP) war nicht nur habebüchen, sondern auch schlicht und einfach falsch. Im Vorstoss steht nämlich nicht, dass die Stadtpolizei und die betreffenden Organe die Nationalität nicht untersuchen und ihre Schlüsse daraus ziehen dürfen. Die Statistik soll im Gegenteil ergebnisoffen sein und in der Ausbildung und im Allgemeinen berücksichtigt werden. Es geht um eine faktenbasierte Grundlage und nicht um eine ideologisch oder wunschbasierte Grundlage. Die Nationalität, die Kultur und der Migrationshintergrund sollen in eine wissenschaftliche Faktengrundlage eingeschlossen werden. Das verbietet der Vorstoss auch zu keiner Sekunde. Die SVP vermischt hier Themen. Es passt Ihnen nicht, dass die Nationalität nicht in Medienmitteilungen genannt werden soll. Das heisst aber überhaupt nicht, dass sie nicht erfasst, registriert und wissenschaftlich statistisch ausgewertet werden sollen. Die einen machen das mit wissenschaftlichen Methoden, während die SVP Themen für eigene Zwecke ausschlachtet. Da der Vorstoss die Erhebung der Nationalität nicht verbietet, ist die ganze Argumentationskette von Stefan Urech (SVP) völlig irrelevant. Um eine faktenbasierte, wissenschaftliche Grundlage zu schaffen, soll alles registriert werden, was helfen kann, die Gesellschaft, die Polizei und die Justiz für das Thema zu sensibilisieren und deshalb unterstützen die Grünen den Vorstoss. Ich schliesse mich Andreas Egli (FDP) an; es scheint, als ob bei der SVP der LGBTI-Reflex ansetzt, und man das Postulat deshalb direkt ablehnt.*

Ernst Danner (EVP): *Wir setzten uns in diesem Ratssaal schon mehrfach für Minderheiten, die von Aggressionen bedroht wurden, ein. Es ist für uns deshalb selbstverständlich, dass wir auch diesen Vorstoss unterstützen. Wir können nicht beurteilen, wie*

gross das Problem ist – aber es ist ja genau das Ziel des Vorstosses, Statistiken zu erheben, mit Hilfe derer wir dann genaueres wissen werden.

Patrick Hadi Huber (SP): Jeder Angriff soll laut Roger Bartholdi (SVP) geahndet werden. Das kann aber erst passieren, wenn auch Anzeige erstattet wurde. Für LGBTBI muss dafür zuerst das entsprechende Klima geschaffen werden. Damit sich Menschen sicher fühlen, Angriffe bei der Polizei zu melden, braucht es eine entsprechende Ausbildung bei der Polizeibehörde. Es braucht Menschen, die wissen, um was es geht, wenn man aufgrund seiner Zugehörigkeit zur LGBTBI-Community angegriffen wird. Die Situation sollte nicht nur in Zürich, sondern in jedem Landesteil eines Tages besser sein. In jedem Dorf sollte ein gewisses Grundverständnis vorhanden sein, damit wir auf derselben Grundlage diskutieren können. Weil wir seit zehn Jahren Erfahrungen in der Ausbildung gesammelt haben, können wir einen Schritt weitergehen. Ich verstehe nicht, wie die SVP nicht einmal minim die Hand bieten kann, wenn es um einen solchen minimalen Schritt wie der Erhebung geht. Sie verhindern jeden kleinen Schritt und schieben es gemäss Stefan Urech (SVP) auf andere Nationen. Dabei sind Sie die Partei, die verhindern will, dass in diesem Land Hass gegenüber Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung verbreitet wird – die Schuld wollen Sie aber anderen Nationen in die Schuhe schieben.

Dr. David García Nuñez (AL): Ubiquitär bedeutet «überall, zu jedem Zeitpunkt, immer». Die Taten passieren weltweit immer. In Brasilien werden LGTB-Menschen von Brasilianern umgebracht und in der Schweiz von Schweizern, in Spanien von Spaniern und natürlich gibt es auch andere Nationalitäten, die umbringen – aber das ist hier nicht der Punkt. Ich habe keine Angst, über Nationalitäten zu sprechen. Die Wissenschaft kennt die Täter. Sie konzentrieren sich immer auf den einen sozialen Marker. Wenn Sie die Täter genau kennen wollen, kann ich Ihnen sagen, dass es sich meistens um Männer mit sehr starken Geschlechterbildern handelt, die einer der grossen Religionen anhängen. Damit meine ich nicht nur Moslems, sondern auch Christen. Die Diskriminierung, die auf der Strasse stattfindet, kann durchaus von Menschen mit anderen Nationalitäten kommen. Wir müssen sie allgemein bekämpfen. Die viel schwerwiegendere Diskriminierung in diesem Land findet aber im Nationalrat statt – und das sind per Definition alles Schweizer und Schweizerinnen. Sie verunmöglichen es nämlich, dass wir in diesem Land gleichberechtigt leben können. Wir können gerne über Gewalt diskutieren, aber nicht heute in diesem Rahmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat ist nicht der Meinung, dass der Gemeinderat das falsche Parlament für den Vorstoss ist. In der Grundausbildung der Stadtpolizei gibt es spezielle Lektionen und es gibt den Verein «PinkCop». Es gibt auch ein Merkblatt für die Stadtpolizei mit dem Titel «Körperliche und verbale Übergriffe gegen Homosexuelle und Transmenschen sind keine Banalität». Das Merkblatt empfiehlt, dass man bei Übergriffen auf jeden Fall eine Anzeige bei der Polizei erstatten sollte. Wir sind gerne bereit, im Rahmen des Postulats die Ausbildungsblöcke bei der Stadtpolizei in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Gleichberechtigung vertieft anzusehen. Wir nehmen das auch als

7 / 7

Massnahme im Gleichstellungsplan auf. Bis jetzt erfasst die Stadtpolizei weder die Religion, noch die sexuelle Ausrichtung statistisch. Der Stadtrat ist aber der Meinung, dass die Erfassung von Hate Crimes in Anbetracht der Anzahl Delikte notwendig ist. Deshalb überlegen wir mit der Stadtpolizei, wie Aggressionen mit LGTBI-feindlichem Charakter erfasst werden können. Am 23. Oktober 2019 überwies der grosse Rat des Kantons Basel Stadt einen praktisch identischen Vorstoss zur statistischen Erfassung dieser Delikte. Das ist ein Grund für uns, weshalb wir in Zürich nachziehen wollen. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen, damit wir danach regelmässig Bericht zum Ausmass der angezeigten Gewalt gegen LGTBI-Menschen feststellen können.

Das Dringliche Postulat wird mit 98 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat